



2. Mai 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Die schweizerische Energiepolitik vor wichtigen Weichenstellungen

Referat von Dr. Walter Steinmann, Direktor Bundesamt für Energie, anlässlich des 25. Aarauer Verbindungstags, 2. Mai 2009

Herr Grossratspräsident, Herr Landammann, werde farbentragende Corona

Unsere Energieversorgung war während Jahren und Jahrzehnten preisgünstig, sicher und schlicht kein Thema – schon gar kein politisches – über das man sich grosse Gedanken machen musste. Doch die Entwicklungen der letzten fünf Jahre führten dazu, dass sich Medien und Politik plötzlich intensiv mit Energiefragen befassen mussten, oft mehr, als ihnen lieb war: Blackouts in Italien, New York und bei den SBB, der beinahe traditionelle Gas-Streit Russland – Ukraine über die Neujahrstage, Benzinpreise von über 2 Franken pro Liter, die unvollendete Strommarktöffnung, umstrittene Endlagerstandorte, 3 Gesuche für neue Kernkraftwerke seien als Beispiele genannt. Ich will in meinem Vortrag nicht Beispiele aneinanderreihen, sondern vorerst die heutige schweizerische Energielandschaft ausleuchten, dann die internationalen sowie nationalen Energie-Perspektiven aufzeigen, darauf die Ziele sowie die Energiestrategie des Bundesrates skizzieren und zum Schluss einzelne Herausforderungen sowie notwendige Weichenstellungen kurz darstellen.

Energie – ein Grundgut unserer Gesellschaft

Heute ist der Energieverbrauch der Schweiz rund fünfmal grösser als nach dem zweiten Weltkrieg. Im gleichen Zeitraum wurden auch die damals noch dominierenden Energieträger Kohle und Holz durch Erdöl und Erdgas abgelöst. So decken die Erdölprodukte heute in Form von Treibstoffen (31.3%) und Brennstoffen (25.7%) mehr als die Hälfte unseres Energieverbrauchs. Der Gasanteil steigt seit 1975 kontinuierlich und beträgt bereits 12.1%. Doch all diese fossilen Energieträger müssen wir importieren: Rund ein Drittel unserer Brenn- und Treibstoffe kommt aus Libyen, 20% unseres Gases aus Russland. Unsere Auslandabhängigkeit bei den fossilen Energien ist eine Tatsache. Die Frage ist, ob wir es uns auch in den kommenden Jahren leisten können, mit der bisherigen Nonchalance damit umzugehen: Denn sicher ist die Auslandabhängigkeit kein Problem, solange die internationalen Märkte funktionieren und unsere bilateralen Beziehungen zu den Lieferländern ungetrübt sind. Und sicher kann die Schweiz als reiches Land ja bei Bedarf auch deutlich höhere Energiepreise bezahlen. Sicher? Bei den Stichworten „funktionierende Märkte“, „ungetrübt Beziehungen“ und „reiche Schweiz“ könnte man angesichts der jüngsten Entwicklungen doch zumindest ein wenig ins Grübeln kommen.

Der Schweizer Ölmarkt ist vollständig privat organisiert und eng mit internationalen Ölgesellschaften sowie Handelsplätzen verwoben. Demgegenüber ist die schweizerische Gaswirtschaft stark von Städten und Gemeinden beherrscht. Der Gastransit durch die Schweiz ist zudem fünfmal grösser als der inländische Gasverbrauch. Die öffentliche Hand beherrscht auch die schweizerische Stromwirtschaft, die sich zu über 80% im Besitz von Kantonen und Gemeinden befindet. Dank der zentralen Lage mitten in Europa kann die Schweiz als Stromdrehzscheibe viel Geld im Stromaussehandel verdienen: Im vergangenen Jahr erreichte der Aussenhandelssaldo einen Rekordwert von über zwei Milliarden Franken.

Der weltweite Energiehunger ist immens

Im World Energy Outlook prognostiziert die Internationale Energieagentur IEA jährlich den Welt-Energieverbrauch bis zum Jahr 2030. In ihrem „Weiter wie bisher-Szenario“ geht die IEA davon aus,



dass der Energieverbrauch in den nächsten 20 Jahren um beinahe 50% zunehmen wird. Getrieben wird er insbesondere durch aufstrebende Nationen wie China, Indien und andere Tigerstaaten, die parallel zum Wachstum ihrer Wirtschaft und ihres Wohlstands einen enormen Energiebedarf entwickeln. Dabei wird vor allem die Kohle als Energieträger an Bedeutung gewinnen, da mit ihr heute der günstigste Strom produziert werden kann. Da Kohle aber gleichzeitig der Energieträger mit dem höchsten CO₂-Ausstoss ist, werden bis 2030 nicht nur der Energieverbrauch, sondern auch die CO₂-Emissionen weltweit um 50% zunehmen. Die IEA macht deutlich, dass eine deutliche Reduktion des Energieverbrauchs und der Klimagase durchaus möglich ist; sogar die von den Klimapolitikern berechneten Szenarien mit einem Temperaturanstieg von höchstens 2° C (450 ppm Policy Scenario) sind erreichbar. Doch dazu braucht es eine weltweite Energierevolution mit massiven Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Nuklearenergie sowie in die CO₂-Abscheidung bei fossilen Kraftwerken.

Schweizerische Energieperspektiven: Vorsicht spannungsgeladen

Der Energieverbrauch unseres Landes hängt, das zeigen unsere Analysen, im Wesentlichen von fünf Faktoren ab: Der Einwohnerzahl, dem Wirtschaftswachstum, der Witterung, der Wohnfläche pro Person sowie der Mobilität. Das Bundesamt für Energie hat in seinen Perspektiven mit dem Zeithorizont 2035 vier unterschiedliche Energie- und Strom-Szenarien modelliert und ihre Auswirkungen berechnet. Diese reichen vom Szenario I „Weiter wie bisher“ bis zur Umsetzung der von der ETH Zürich entwickelten Vision der 2000-Watt-Gesellschaft in Szenario IV (wir verbrauchen heute in der Schweiz rund 6000 Watt), das eine umfassende Energieeffizienzpolitik, ÖV-Strategie und eine einschneidende Raumordnungspolitik voraussetzt.

Die Entwicklung des Gesamtenergieverbrauchs gibt dabei kaum Anlass zur Besorgnis: Dank dem zu erwartenden grossen technischen Fortschritt wird der Gesamtenergieverbrauch selbst im völlig unambitionierten Szenario I in den nächsten 25 Jahren nur gerade um 2% steigen. In Szenario IV, der 2000-Watt-Gesellschaft, nimmt der Gesamtenergieverbrauch um ganze 27% ab.

Ganz anders ist die Situation beim Stromverbrauch: In Szenario I rechnen wir bis 2035 mit einem Anstieg um 29%, also um rund 1% pro Jahr (das ist aber immer noch weniger als das Wachstum des durchschnittlichen Stromverbrauchs der letzten Jahre in der Schweiz). Und selbst beim 2000-Watt-Szenario IV bleibt der Stromverbrauch fast konstant: es resultiert nur eine minimale Reduktion um 2%. Aus diesen Verbrauchsszenarien ergibt sich ungefähr ab dem Jahr 2020, wenn die ältesten Schweizer Kernkraftwerke (Mühleberg, Beznau I und II) vom Netz gehen, ein Stromversorgungsengpass. Dieser liegt in der Grössenordnung zwischen 6,1 Milliarden kWh (in Szenario IV) und 22,3 Milliarden kWh (in Szenario I). Was ist zu tun? Der Vorschläge sind viele, die Streitlinien alt und sattem bekannt. Die einen schwören auf neue Kernkraftwerke, am besten gleich ein paar. So sind denn auch bereits 3 Gesuche für neue KKW bei uns eingereicht worden. Andere singen das hohe Lied der erneuerbaren Energien und meinen, diese Lücke lasse sich problemlos mit Windenergie, Wasserkraft, Photovoltaik, Geothermie und Holzkraftwerken schliessen. Es ist nun Aufgabe der Politik, eine glaubwürdige Strategie und konkrete Vorschläge zum Schliessen der Strom- und Denklücken zu machen. Das letzte Wort hat auf jeden Fall das Volk, denn jedes neue Kernkraftwerk untersteht dem fakultativen Referendum.

Von den Zielen der Energiepolitik....

Die Ziele der Energiepolitik basieren auf den Ansprüchen, die wir alle an unsere Energieversorgung stellen. Sie bilden ein magisches Viereck:

- Wir alle wollen umfassende Versorgungssicherheit und verlangen während 365 Tagen im Jahr 24 Stunden die ununterbrochene Lieferung von Energie.
- Wir alle wollen eine wirtschaftliche Energieversorgung zu möglichst tiefen und insbesondere nicht stark schwankenden Preisen.



- Wir alle wollen eine umweltverträgliche Energieversorgung mit möglichst geringen negativen Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit bei der Produktion, beim Transport sowie beim Konsum von Energie.
- Zusätzlich ist uns Schweizerinnen und Schweizer ein gleichberechtigter Zugang zu Energie zentral. Es darf nicht sein, dass einzelne Randregionen oder soziale Schichten schlecht oder gar nicht mit Energie versorgt werden.

Es ist klar, dass sich bei einem magischen Zielviereck nicht alle Ziele umfassend erreichen lassen. Wenn wir jede Alp und jede Berghütte einer Kantonsschulverbindung ans Elektrizitätsnetz anschliessen wollen, dann führt dies für das Gesamtsystem, für alle Konsumentinnen und Konsumenten, zu höheren Kosten und Preisen. Deshalb ist es wichtig, dass durch die Entscheide von Politik, Regulatoren und Gerichten periodisch eine Überprüfung und Austarierung dieser vier Ziele vorgenommen wird. Gerade auch mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft aber auch mit Blick auf den Wertewandel unserer Gesellschaft und den Zusammenhalt unseres Landes muss die Gewichtung dieser Ziele regelmässig hinterfragt und allenfalls neu gesetzt werden.

...zur bundesrätlichen Energiestrategie

Auf Basis dieser energiepolitischen Oberziele und der Energieperspektiven hat der Bundesrat im Februar 2008 seine Energiestrategie formuliert, die er in den nächsten Jahren umsetzen will. Sie basiert auf vier Pfeilern:

1. **Starke Förderung der Energieeffizienz:** Wissenschaftler gehen davon aus, dass wir - je nach Anwendungsbereich - bis zu 40% unseres Energiekonsums einsparen können. Dies nota bene ohne Komfortverzicht und wirtschaftlich rentabel. Der Bundesrat will dieses Potenzial der „Negawatts“ anzapfen und die Energieeffizienz im Durchschnitt um 20% verbessern. Dies einerseits mit gesetzlichen Vorschriften zum Beispiel zum maximal zulässigen Energieverbrauch von Elektrogeräten, andererseits mit ökonomischen Anreizen wie etwa einem Bonussystem für energieeffiziente Fahrzeuge. Hier erwarten wir aber auch ein starkes Engagement der Branchen, die Effizienz als neue Dienstleistung für ihre Kunden sehen und sich teils bereits – wie etwa die kleineren EVUs – in dieses Thema einbringen.
2. **Massiver Ausbau der erneuerbaren Energien:** Der Anteil der erneuerbaren Energien an unserem Gesamtenergieverbrauch soll im nächsten Jahrzehnt stark wachsen: Von heute 16% auf 24%. Mit der kostendeckenden Einspeisevergütung soll einerseits der Zubau bei der Stromproduktion gefördert werden. Andererseits sollen fossile Brennstoffe für Heizung und Warmwasseraufbereitung durch erneuerbare Energiequellen ersetzt oder auch die Beimischung von Biotreibstoffen wie Biogas aus Abfällen gesteigert werden.
3. **Gezielter Zubau von Grosskraftwerken:** Trotz der umfassenden Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien bleibt eine Stromangebotslücke bestehen, die nach Ansicht des Bundesrates durch den Bau von grösseren Kraftwerkseinheiten geschlossen werden muss. Mit Blick auf die Versorgungssicherheit setzt der Bundesrat dabei kurz- und mittelfristig auf den Zubau von Kombi-Gaskraftwerken in der Schweiz. Längerfristig sollen neue Kernkraftwerke zum Einsatz kommen, falls die Stimmbürger/innen diesen zustimmen. Wegen der zeitintensiven Plan-, Bewilligungs- und Bauetappen könnten diese neuen Kernkraftwerke aber frühestens um das Jahr 2025 ans Netz gehen.
4. **Strategische Ausrichtung der Energieaussenpolitik:** Versorgungssicherheit und Klimaschutz können in unserer globalisierten Welt nicht mit rein nationalen Konzepten und Politiken gewährleistet werden. Die Gaskrise zwischen Russland und der Ukraine hat zwar unsere Gasversorgung nicht direkt gefährdet. Allfällige Restriktionsmassnahmen der EU hätten sich aber sofort auch auf die Schweiz ausgewirkt, weil wir keine Gaslager haben. Beim europäischen Steuerungsgremium für Gaskrisen, der „Gas Co-ordination Group“, ist die Schweiz zudem nicht einmal als Beobachter zu-



gelassen. Der Bundesrat will, dass wir uns aktiv mit den europäischen Krisen-Gremien vernetzen und mit diesen mittelfristig im gesamten Energie- und nicht nur im Strombereich enger zusammenarbeiten. Mit unseren Nachbarstaaten sowie ausgewählten Produzenten- und Transitländern soll zudem der energiepolitische Dialog stärker gepflegt und die aktuellen bilateralen Dossiers periodisch miteinander besprochen werden. So werden wir beispielsweise mit Deutschland in den nächsten Wochen an einem bilateralen Treffen über die Entsorgung nuklearer Abfälle, die Regulierung der Stromtransite, die Grenzkraftwerke am Rhein, gemeinsame Forschungsprojekte sowie über die Gasversorgung sprechen.

Lassen Sie mich nun zu sechs wichtigen Weichenstellungen kommen, welche für die künftige Energieversorgung der Schweiz zentral sein werden:

Weichenstellung 1: Versorgungssicherheit, transparente und funktionierende regulierte Strom- und Gasmärkte oder Stillstand auf halbem Weg?

Mit dem Stromversorgungsgesetz sind wir anfangs 2009 in eine neue Welt, eine neue Strommarktordnung eingetreten. Der Start war und bleibt schwierig, die Wege und Mittel sind einigen Akteuren noch nicht klar. So wird dieses System sicher noch optimiert werden müssen und es wird auch noch weitere Entscheide des Regulators ElCom brauchen. Längerfristig kommen wir aber um einen geordneten Wettbewerb mit transparenten Tarifen und Preisen nicht herum, insbesondere auch, um die nötigen Signale für Neuinvestitionen in Produktionsanlagen und den Ausbau der Netze zu geben. Nur wenn die nötigen Korrekturen und Optimierungen rechtzeitig erfolgen, wird die zweite Etappe der Marktöffnung – die ja bekanntlich ein fakultatives Referendum überstehen muss – eine Chance haben. Eine Neuordnung ist übrigens auch im Gasmarkt nötig, der heute durch langwierige rechtliche Auseinandersetzungen um Durchleitungsrechte geprägt ist.

Weichenstellung 2: Volldampf bei der Gebäudesanierung oder Energieverschwendung in Altbauten weiter tolerieren?

Über 40% der Energie verbrauchen wir im Gebäudesektor. Bei den Neubauten haben wir in den letzten Jahrzehnten gewaltige Effizienzfortschritte gemacht. Während 1975 noch rund 22 Liter Heizöl-äquivalent pro Quadratmeter benötigt wurden, lässt der Kanton Aargau mit den neuen Mustervorschriften heute noch ein Maximum von 4,8 Liter Heizöläquivalent pro Quadratmeter zu. Und es gibt bereits erste Pionier-Neubauten, die mehr Energie produzieren als sie verbrauchen. Wie können aber die bestehenden Wohnungen und Liegenschaften energetisch fitter gemacht werden? Appelle und schöne Infokampagnen bringen hier kaum etwas. Hier braucht es finanzielle Anreize, da der Gebäudebesitzer für eine energetische Sanierung richtig viel Geld in die Hand nehmen muss. Neben wünschbaren steuerlichen Anreizen für die Gebäudesanierung hat der Nationalrat in der Märzsession deshalb einer Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe zugestimmt. Dadurch sollen künftig 200 Millionen Franken pro Jahr für die energetische Gebäudesanierung zur Verfügung stehen. Die kantonalen Energiedirektoren sind nun daran, ein gemeinsames, mehrjähriges Programm mit schweizweit gleichen Förderbedingungen und Antragsverfahren vorzubereiten, mit dem ab dem nächsten Jahr unser Gebäudebestand energetisch auf den neusten Stand gebracht werden soll. Das schafft und erhält Arbeitsplätze in der Schweiz und reduziert unsere Abhängigkeit vom turbulenten Öl- und Gasmarkt.

Weichenstellung 3: Umweltkonsens zur Förderung der erneuerbaren Energien oder Blockaden durch Gerichtshandel?

80% der Bevölkerung wünscht sich eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien, die Wasserkraft liefert bereits heute einen wichtigen Teil, könnte aber noch ausgebaut werden. Über 6'000 Gesuche für neue Stromproduktionsanlagen aus Photovoltaik, Windenergie, Kleinwasserkraft und Biomasse sind innert weniger Monate für die kostendeckende Einspeisevergütung eingereicht worden. Ein Teil dieser Anlagen – seien es Kleinwasserkraftwerke in ehemaligen Spinnereien, Windparks auf Jurahöhen oder Holzkraftwerke mit Abwärmenutzung durch die regionale Industrie - ist aber wegen Einspra-



chen von Umweltorganisationen gefährdet und kann womöglich nie realisiert werden. Ich erinnere mich an meinen Grossvater, den Kantonsschullehrer Professor Paul Steinmann v/o Dackel, der bereits in den Vierzigerjahren des letzten Jahrhunderts den Mahnfinger gegen eine unbegrenzte Nutzung der Natur und insbesondere unserer Wasserläufe durch die Stromwirtschaft erhob und an den „homo sapiens“ appellierte, „der in vielen zivilisatorischen Taten gerade das tut, was sein Leben schädigt und seinen Untergang beschleunigt“.

Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, einen neuen Kompromiss zwischen den Nutzungs- und Schutzinteressen zu finden. Können wir einen Teil der Natur für Energiezwecke nutzen und dafür andere Teile – auch des Aargaus – unter verstärkten Schutz stellen weil sie aus Sicht des Natur- und Landschaftschutzes derart wertvoll sind, dass wir sie nicht anrühren sollen, wie etwa einzelne Auen und Moore. Jeden Einzelfall bis zu einer Gerichtsentscheid zu verfolgen kann nicht zielführend sein. Vielmehr müssen Bund, Kantone, Wirtschaftsverbände und Umweltorganisationen einen Grundkonsens definieren, der für alle erneuerbaren Energien und alle Räume Gültigkeit hat. Dies könnte in Sachplänen des Bundes erfolgen oder auch durch klug angepasste Richtpläne der Kantone. Der Kanton Aargau könnte hier eine Pionierrolle übernehmen und in seinem Richtplan klar definieren, welche Räume für die Energieproduktion mittels Kleinwasserkraftwerken, Wind, Biomasse etc. genutzt werden dürfen und welche Gebiete vollständig dem Schutz unterstellt werden.

Weichenstellung 4: Ausbau der Übertragungsnetze oder Vorbereiten auf häufigere Blackouts?

Der Stromkonsum hat in den letzten 30 Jahren massiv zugenommen, das Übertragungsnetz wurde demgegenüber kaum ausgebaut. Der Bundesrat hat im März 2009 39 Projekte für Übertragungsleitungen bezeichnet, die in den nächsten Jahren zur Fertigstellung des strategischen nationalen Stromnetzes gebaut werden müssen. Doch die meisten dieser Projekte stossen auf grosse Opposition, wobei es in vielen Fällen um die Forderung geht, die Leitungen in den Boden zu verlegen. Auch im Energiekanton Aargau sind einzelne Projekte seit Jahren blockiert. Das BFE hat vor wenigen Wochen ein Beurteilungsschema für die Verkabelung von Übertragungsleitungen in die Vernehmlassung geschickt. Mit diesem Schema soll die Diskussion versachlicht und so die jeweils bestmögliche Ausführungsvariante einer Leitung gefunden werden. Nur wenn der Streitpunkt „Kabel oder Freileitung“ endlich deblockiert werden kann, besteht die Chance, den dringenden Ausbau und die Verstärkung unseres Übertragungsnetzes endlich zu realisieren und so der Gefahr grossflächiger Blackouts entgegen zu wirken. Längerfristig werden wir darüber hinaus neue europäische Stromautobahnen im grossen Stil benötigen, um die Versorgungssicherheit in diesem zusammenwachsenden Binnenmarkt zu gewährleisten.

Weichenstellung 5: Kanton Aargau als starker zukunftsorientierter Energiekanton oder als von europäischen Strom- und Energiekonzernen abhängiger Region?

Der Aargau rühmt sich zu Recht, DER Energiekanton unseres Landes zu sein. Der Aargau ist der grösste Stromproduzent, 25 Wasserkraftwerke und 3 Kernkraftwerke sind hier domiziliert, das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI hat seinen Sitz in Würenlingen, 1'000 Firmen sind im Bereich der Energiewirtschaft tätig, viele innovative KMU profilieren sich in den Domänen Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Weltleader wie ABB und Alstom haben ihre energietechnische Kompetenz im Aargau, aber auch Spezialisten der Kabelproduktion oder der Mikroturbinen sind hier zuhause. Forschung sowie Aus- und Weiterbildungsstätten im Energiebereich arbeiten im Aargau eng mit Industrie und Kanton zusammen: Das Paul Scherrer Institut und die Fachhochschule Nordwestschweiz mit Standort in Brugg-Windisch haben hochkompetente energietechnische Abteilungen, das Kompetenzzentrum für Energie und Mobilität beginnt als neuer Nukleus der nachhaltigen Energieforschung Wirkungen zu entfalten. Doch hat der Aargau, haben die Kantone eine Strategie, wie sie sich der europäischen Neuordnung der Energiemärkte stellen? Reicht es, eine Abwehrstrategie gegen die übermässige Marktaufmischung grosser europäischer Konzerne wie E.ON, RWE, Vattenfall und EdF/EnBW zu haben? Oder muss man dem ständigen Werben und den Terraingewinnen der grossen



europäischen Player mit neuen, mutigen Visionen und strategischen Konzepten für die gesamte Schweiz begegnen wie sie die Gründerväter des AEW um Emil Keller für den Aargau entwickelt hatten? Welcher Teil der Stromversorgung soll und muss in zwanzig Jahren noch staatlich kontrolliert sein, welche Teile sollten privat und wettbewerblich aufgestellt sein? Müsste hier der Aargau eine Vordenkerrolle spielen, wie er sie auch mit dem Energie Trialog Schweiz übernommen hat?

Weichenstellung 6: Technik- und energiebegeisterte Schweizer Jugend oder Renaissance der Energiedomäne in der Schweiz mit europäischen und asiatischen Experten?

Bis vor kurzem schlummerten viele Energie- und Netzlabors an unseren Hochschulen noch in einem tiefen Dornröschenschlaf. Im Vergleich zu den modernen und zukunftssträchtigen Biowissenschaften, International Banking, IT und Nanotechnologien war die Disziplin „Energie“ unattraktiv, verstaubt und langweilig, da die grossen Fragen in Forschung und Entwicklung gelöst schienen. Doch jetzt hat eine eigentliche Renaissance eingesetzt: Zahlenmässig grössere Jahrgänge besuchen die Grundvorlesungen an der ETH Zürich, und es werden für die Energieforschung zusätzliche Mittel vom Bund sowie der Industrie zur Verfügung gestellt. Spannende Forschungsfragen müssen beantwortet werden: Bei der Netztechnik, der CO₂-armen Verbrennung fossiler Energieträger, der Kostenreduktion bei der Photovoltaik, der Energieproduktion aus Algen, der Entwicklung neuer Nukleartechnologien oder bei der Stromproduktion aus der tiefen Geothermie.

Gebraucht werden junge motivierte Leute, die sich in der Energiebranche als Ingenieure, Technikerinnen, Ökonomen, Controllerinnen, Juristen und Jungunternehmerinnen mutig und zielstrebig engagieren. Dass sich die junge Generation für diese faszinierende Domäne begeistert und Energie-Studiengänge belegt, dafür leisten die Mittelschulen einen wichtigen Beitrag. Es ist kein Zufall, dass die alte Kantonsschule Aarau in den Rankings der ETH Zürich eine Spitzenposition einnimmt: Sie versteht es, nicht das Pauken und Auswendiglernen dicker Bücher zur Maxime zu erklären. Sie will vielmehr das Denken in Zusammenhängen vermitteln und aufzeigen, was die Welt im Innersten zusammenhält. Es ist eine zutiefst liberale Schule mit humanistischer Tradition, welche mit einem breiten – auch naturwissenschaftlichen – Fächerkanon den Schülern noch immer ein „studium generale“ anbietet. Daneben wird aber die Eigeninitiative und das selbständige Entwickeln von Themen in Teams noch immer gefördert: diese breite Auseinandersetzung mit Leuten wie Ernst Mäder, Kari Ramser, Lothar Saxer, Hansjörg Frischknecht und Heini Widmer hat uns damals weitergebracht, und wir konnten mutig auch neue Dinge entdecken und austesten. Nicht zufällig sind heute drei der damaligen Schülerabend- und Schülertheaterchefs Direktoren von Bundesämtern, nicht zufällig nehmen einige wichtige Funktionen in der Energiewirtschaft ein, nicht zufällig stehen einige in der Energieforschung international erstklassig ausgerichtet da. Sie alle haben sich in der Kantizeit entwickeln und entfalten können.

Ich komme zum Schluss: Energiepolitik und Energiewirtschaft sind in einer Phase raschen Wandels. Vieles ist noch ungeklärt, der Baustellen sind viele, alles wird hinterfragt, einige Weichen werden provisorisch gestellt, das führt zu den altbekannten Grabenkämpfen und neuen Glaubenskriegen, jeder Entscheid wird vorerst heftig kritisiert, einiges kann sich echt bewähren und vieles muss zweifelsohne auch in Teilen verbessert werden. Viele fragen sich, ob sich denn da alles in die richtige Richtung dreht und gut kommen kann? Ich schliesse deshalb mit einigen Sätzen des ehemaligen Kantonschülers Frank Wedekind, der 1908 in den „Betrachtungen eines Spiessbürgers vor der neuen Kantonsschule in Aarau“ uns den Rat gibt: „...lass Jahre vorüberziehen. Dann wirst Du staunen über die wundersame scheinbare Veränderung desjenigen, das du als schon Geschehenes für nicht mehr veränderlich gehalten hast: Verklärt, wie die menschliche Seele aus irdischer Prüfung, verjüngt, wie der Phönix aus der Asche, steigt alsdann die Vergangenheit aus Deiner Erinnerung empor“.